Keine wirtschaftspolitische Rede, ohne dass die besonderen Anstrengungen des Mittelstands bei der Arbeitsplatzsicherung gelobt werden und kaum eine „Reform“ die nicht mit dem Versprechen auf die positiven Auswirkungen für den „Jobmotor Mittelstand“ begründet wird. Die Große Koalition versprach sogar eine „Mittelstandsoffensive“, mit verbesserten Abschreibungsbedingungen, erleichterten Kreditvergaben und vor allem erhebliche Entlastungen bei der Schenkungs- und Erbschaftssteuer.
Das allgemeinen Gerede vom „Jobmotor Mittelstand“ hat Joachim Wagner von der Universität Lüneburg empirisch überprüft [PDF – 512 KB]. Überraschendes Ergebnis: Die These vom „Jobmotor Mittelstand“ ist viel zu undifferenziert. In mittelständischen Betrieben entstehen viele Arbeitsplätze, aber es werden auch viele abgebaut und dasselbe gilt für Großbetriebe.
Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit einer spezifischen Ausrichtung auf bestimmte Firmengrößen lassen sich jedenfalls nicht mit einem besonders ausgeprägten Beitrag dieser Firmen zur Beschäftigungsdynamik rechtfertigen. Wolfgang Lieb.

Die gängig Behauptung, dass kleine und mittlere Firmen vorwiegend Arbeitsplätze schaffen, während in großen Firmen vor allem Arbeitsplätze abgebaut werden, hält den empirischen Befunden nicht stand gehört wohl zu einer der vielen Legenden, die verbreitet werden, wenn es darum geht die Wirtschaft insgesamt zu entlasten.

Die Daten zeigen, dass in allen Größenklassen und in jedem betrachteten Zwei-Jahres-Zeitraum sich gleichzeitig Betriebe befinden, in denen Arbeitsplätze neu entstehen und Betriebe, in denen Arbeitsplätze abgebaut werden.
Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit einer spezifischen Ausrichtung auf bestimmte Firmengrößenklassen lassen sich daher nicht mit einem besonders ausgeprägten Beitrag dieser Firmen zur Beschäftigungsdynamik rechtfertigen.

Die Studie zeigt, dass sich wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht an Kategorien wie Wirtschaftszweig oder Firmengröße orientieren sollten, denn diese Einteilungen sind nicht trennscharf im Hinblick auf Eigenschaften von Betrieben wie Wachstum, Exporterfolg oder Effizienz.
Empfehlung: Die Politik sollte auf entsprechende Maßnahmen und Programme verzichten.

Mein Fazit: Beschäftigungsauf- und -abbau haben viel mehr etwas mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung zu tun als mit der Betriebsgröße. Die Studie ist für mich ein weiteres empirisch gestütztes Beispiel dafür, dass es viel mehr auf eine wachstumsfördernde Makropolitik als auf Förderprogramme für einzelne Betriebsgrößen oder einzelne Wirtschaftszweige ankäme.
Es ist aber leider so, dass die Wirtschaftsverbände nur zu gerne auf die zur Idylle

hochstilisierten mittelständischen Betriebe verweisen, wenn sie die Interessen der der Groß- und Exportindustrie durchsetzen wollen. Dass zeigt sich etwa bei den Unternehmensteuersenkungen, aber auch bei der zur Gegenfinanzierung eingeführten Mehrwertsteuer, von der die Exportindustrie gar nicht betroffen ist.